

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Mit der nächsten Woche beginnt die parlamentarische Sommerpause. Das bedeutet für mich weniger Berlin und mehr Zeit für die Menschen in meinem Wahlkreis. Auf die vielen Begegnungen mit Ihnen freue ich mich.

Mit Beginn der Sommerpause aber bleiben in Berlin wichtige Themen ungelöst zurück. Im monatelangen Streit konnte sich die rot-grün-gelbe Bundesregierung zwar gerade auf ein paar dürre Eckdaten für 2025 einigen. Unklar ist, wie genau die Ausgaben finanziert werden sollen. Ein beratungsfähiger Haushalt ist das aber nicht, eher ein Illusionstheater.

Fest steht, dass in diesem Jahr noch einmal elf Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht werden. Ein schuldenfinanzierter Nachtragshaushalt muss her, weil vor allem Wirtschaftsminister und Arbeitsminister ihre Etats massiv überzogen haben.

Vergeblich gewartet haben wir bis zuletzt auf das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz. Mit seinem Lieblingsprojekt will Bundesfinanzminister Christian Lindner eine eigene Finanzpolizei schaffen. Unter deren Dach soll auch die

Geldwäscheaufklärungseinheit FIU einziehen, die in der Vergangenheit eher mit Pleiten und Pannen von sich reden machte.

Schon in der Vorwoche passierte das Gesetz mit der Ampelmehrheit den Finanzausschuss. Doch auf die Tagesordnung des Bundestages schaffte es das seit Monaten überfällige Regelwerk auch in dieser Woche nicht. Es gibt weiter rot-grün-gelbe Unstimmigkeiten. Ein wohl einmaliger Vorgang, bei dem ich mir die Frage stelle, wie ernst nimmt die Ampel eigentlich noch ihre eigene parlamentarische Arbeit.

Seit dieser Woche ist auch klar: Der Habeck-Untersuchungsausschuss kommt. Damit wird nunmehr in einem parlamentarischen Beweisverfahren geklärt, wie es zur Absage an eine Weiternutzung von Kernkraftwerken zur Minderung des Energieengpasses nach dem russischen Überfall auf die Ukraine kam. Veröffentlichte Unterlagen legen den Schluss nahe, dass die Entscheidung gegen fachlichen Rat aus ideologischen Gründen getroffen wurde.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Pflegende Angehörige besser unterstützen



CDU und CSU wollen die Unterstützung pflegender Angehöriger verbessern. Für sie soll das Vor-Ort-Netzwerk aus Pflegestützpunkten, Quartiersmanagement, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe ausgebaut werden. Ferner wird ein Einstieg in eine Lohnersatzleistung bei der Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit angestrebt. Auch sollen die Begutachtungen durch den Medizinischen Dienst flexibilisiert und neutrale Instanzen zur Entscheidung über Widersprüche eingeführt werden. Ein entsprechender [Unionsantrag](#) wurde in dieser Woche erstmals im Bundestag beraten.

Hintergrund: Mehr als 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden in den eigenen vier Wänden versorgt. Das sind rund 4,17 Millionen Menschen, um die sich knapp fünf Millionen Angehörige kümmern. Oft handelt es sich dabei um selbst betagte Ehepartner.

Mit dem Antrag ergänzen CDU und CSU ihre [Initiative](#) zur steuerlichen Besserstellung von Familien mit betreuungs- und pflegebedürftigen Kindern und Angehörigen. Diese sieht u.a. die steuerliche Absetzbarkeit für Aufwendungen zur Betreuung und Pflege naher Angehöriger analog

zur Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten vor. Die Initiativen sind Teil des [Gesamtkonzepts](#) „Die Pflege zukunftsfest machen“.



Sebastian Brehm: „Millionen Menschen in unserem Land ermöglichen pflegebedürftigen Angehörigen mit ihrem

tagtäglichen persönlichen Einsatz ein Leben in Würde in den eigenen vier Wänden. Ich halte es für unsere Pflicht, diesen Menschen ihr tägliches Engagement zu erleichtern.“

CDU und CSU wollen schärferen Kurs gegen Gewalttaten



Angesichts der zunehmenden Deliktzahlen wollen CDU und CSU vor allem Frauen und besonders verletzte Personen wie Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderungen stärker davor zu schützen, Opfer von Gewaltstraftaten zu werden. Einen entsprechenden [Gesetzentwurf](#) brachte die Fraktion jetzt in den Bundestag ein. Neu ist dabei u. a. die Bestimmung, wonach es bei einer Verurteilung als strafverschärfend gewertet werden soll, wenn die Tat unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit erfolgt.

Für Körperverletzung soll zudem künftig eine Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten gelten.

Körperverletzungen, bei denen Waffen, Messer oder andere gefährliche Gegenstände eingesetzt werden, sollen künftig als Verbrechen geahndet werden, was eine Mindeststrafe von einem Jahr bedeutet. Die Höchststrafe soll auf 15 Jahre angehoben werden, um die Qualität der Taten als schweres Unrecht deutlicher herauszustellen.

Bei Gruppenvergewaltigungen soll künftig je nach Schwere der Tat eine Mindeststrafe von drei Jahren und in besonders schweren Fällen von fünf Jahren gelten. Sie stehen damit auf gleicher Stufe wie eine Vergewaltigung mit Waffenandrohung oder schwerer körperlicher Misshandlung. Die Höchststrafe für Stalking soll auf fünf Jahre steigen, der Katalog der besonders schweren Fälle von Stalking erweitert werden.



Sebastian Brehm: „Die zunehmende Zahl und Schwere von Gewaltstraftaten erfordert eine klare Antwort des Rechtsstaates.“

Stillstand statt Wende



Seit Monaten kündigt die Ampelkoalition die Wirtschaftswende an. Doch nichts geht voran. Es herrscht Stillstand. Auch in dieser Woche hat die Ampel mit ihrer Mehrheit wieder alle Anträge von CDU und CSU zur Verbesserung der Wirtschaftslage im Wirtschaftsausschuss von der

Tagesordnung gestrichen und damit eine abschließende Debatte im Bundestag darüber verhindert. Begründung: keine. Zeitmangel war es jedenfalls nicht. Die Folge: Im Ausschuss stapeln sich inzwischen zahlreiche Wachstumsanträge von CDU und CSU.

Auch einen [Gesetzentwurf](#) von CDU und CSU zur Aufhebung des nationalen Lieferkettengesetzes kippte die Ampel von der Tagesordnung - obwohl Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck selbst öffentlich für die Aufhebung des Gesetzes eingetreten ist. Das Bürokratieentlastungsgesetz der Ampel, vor mehr als anderthalb Jahren angekündigt, wurde noch immer nicht verabschiedet. Und das angekündigte Dynamisierungspaket: Fehlanzeige.



Sebastian Brehm: „Die Ampel ist mittlerweile ein wirtschaftspolitischer Gesamtausfall. Die Konjunktur dümpelt

antriebslos vor sich hin. Deutschland fällt in allen Rankings immer weiter ab. Und die Ampel blockiert den notwendigen Wachstumsschub.“

Mindestlohn anheben – oder doch nicht!



Die Bundesregierung rudert beim Mindestlohn zurück und kassiert die Ankündigung von Olaf Scholz, den Mindestlohn auf 15 Euro pro Stunde zu erhöhen. In einer Antwort auf eine CDU/CSU-

Anfrage war jetzt zu lesen: „Pläne der Bundesregierung für eine Anhebung des Mindestlohns durch Gesetz bestehen nicht.“ Die Festschreibung des Mindestlohns sei allein Sache der Mindestlohn-Kommission. Die Regierung habe dabei kein eigenes Gestaltungsrecht.

Ein weiterer Blick in die Antwort der Bundesregierung zeigt auch: In keinem anderen EU-Land gibt es auch nur annähernd einen Mindestlohn von 15 Euro. Den aktuell höchsten Wert weisen die Niederlande mit 13,27 Euro auf. Der westliche Nachbarstaat ist damit aber aktuell das einzige Land mit einem höheren Mindestlohn als Deutschland. Die Frage, nach den Auswirkungen einer deutlichen Mindestlohnerhöhung auf Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung wick die Regierung aus. Das hänge von einer „Vielzahl von Faktoren“ ab, die sich nicht konkret beurteilen ließen.



Sebastian Brehm: „Es wäre gut, wenn Herr Scholz angesichts des fehlenden Wissensstandes aufhörte, unbedacht leere

Versprechungen in Sachen Mindestlohn zu machen. Die Lösung für ein auskömmliches Einkommen ist kein immer höherer Mindestlohn, sondern mehr Netto vom Brutto durch steuerliche Entlastungen niedriger Einkommen. Das aber verweigert die Ampel beharrlich.“

Beschäftigten droht zusätzliche Steuerbürokratie

Schon vor Monaten hat Bundesfinanzminister Christian Lindner eine rückwirkende Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags versprochen. Doch geschehen

ist bislang nichts. Will Lindner zu seinem Wort stehen, muss er sich beeilen. Denn ihm läuft für ein Gesetzgebungsverfahren die Zeit weg. Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnte es dann kompliziert werden, wie das Bundesfinanzministerium auf Anfrage aus der CDU/CSU-Fraktion jetzt einräumen musste.



Kommt das Gesetz nämlich so spät, dass die Buchhaltungen die höheren Freibeträge nicht mehr bei den Gehaltsabrechnungen in diesem Jahr berücksichtigen können, werden die Beschäftigten in diesem Jahr nichts mehr von der Steuererleichterung spüren. Um wenigstens nachträglich in den Genuss der höheren Freibeträge zu kommen, müssen gut acht Millionen Beschäftigte zusätzlich allein dafür eine Einkommensteuererklärung abgeben.



Sebastian Brehm: „Der Bundesfinanzminister muss endlich handeln, wenn seine Ankündigung kein leeres Versprechen bleiben soll. Es

wäre eine Zumutung für Millionen Beschäftigte, die nur wegen einer solchen rot-grün-gelben Trödelei eine Einkommensteuererklärung abgeben müssten, nur um das Geld wenigstens im nächsten Jahr zu bekommen. Und es wäre eine unnötige Zusatzbelastung der Finanzämter, die die Anträge bearbeiten müssen.“

Zahlreicher Besuch aus Nürnberg



Gleich zwei große Schülergruppen des Martin Behaim Gymnasiums mit zusammen mehr als 100 Schülerinnen und Schülern haben mich in dieser Woche im Bundestag besucht. Eine gute Gelegenheit nicht nur zur Information über die Parlamentsarbeit, sondern auch für den Austausch über viele andere Themen, die die jungen Besucherinnen und Besucher bewegen.



Die Bundestagsbesuche von Schulgruppen sind mir ein besonderes Anliegen. Die jungen Leute können hier unmittelbar erleben, wie

demokratische Prozesse in unserem Land ablaufen und welche vielfältigen Einflussmöglichkeiten sie selbst haben.

Das Brehm.mobil rollt wieder



Wieder mit meinem Brehm-mobil im Einsatz. Am **Donnerstag, 18. Juli 2025**, in der Zeit von **16 bis 18 Uhr**, stehe ich Ihnen **Am Paulusstein in Buchenbühl** auf dem Rondell an der Bushaltestelle persönlich für ihre Anliegen und für Fragen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung.

Wie immer gibt es an meinem umgerüsteten früheren Feuerwehrfahrzeug einen kostenlosen heißen Kaffee oder Cappuccino. Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zusenden unter:

sebastian.brehm@bundestag.de.

Ich freue mich auf Sie!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.